



Mag. Karl Koller, Obmann von Nova Europa

Referat bei der Nova EUropa - Klausur am 12.1.2008 in der Politischen Akademie:

Eine moderne christlich-soziale Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik

Ich starte wie bereits angekündigt, mit einem Ausschnitt aus einer Fernsehdiskussion, einer Diskussion vom 25.6.2007 zwischen dem ehemaligen deutschen Bundesarbeitsminister und prononcierten Christlich-Sozialen Norbert Blüm und dem Vorsitzenden des CDU-Mittelstandskreises Michael Fuchs. Thema der Diskussion: "Sozial oder Neoliberal?".

....

Norbert Blüm sagt ziemlich am Anfang einen sehr wichtigen Satz:

"Es geht um die uralte Frage: Gerechtigkeit"

In der Politik geht es um die Gestaltung des Zusammenlebens der Menschen, um die Organisation dieses Zusammenlebens – und da ist "Gerechtigkeit" ein ganz wesentliches Prinzip. Bei Christoph Korosec am Vormittag ist es u.a. um Chancengerechtigkeit gegangen, in den Politikbereichen, die ich hier abdecke, geht es vor allem um Soziale Gerechtigkeit, um Verteilungsgerechtigkeit. Und es geht auch um Generationengerechtigkeit – aber nicht in dem Sinne, wie dieser Begriff in der Pensionsdebatte missbraucht wird, sondern um echte Generationengerechtigkeit in dem Sinn, dass wir unseren Nachkommen eine Erde übergeben, die noch lebenswert ist.

Unter diesen Aspekten, der Sozialen Gerechtigkeit wie der Generationengerechtigkeit im Sinne der Bewahrung der Schöpfung werde ich jetzt – in Anlehnung an die Themen, die bei der Diskussion angesprochen wurden, die Politikbereiche

- Lohngerechtigkeit
- Steuerpolitik
- und Sozialpolitik

behandeln.

Lohngerechtigkeit

Wenn wir uns erinnern, wurden in der Debatte vier Punkte angesprochen: Tarifverträge – wir hier in Österreich sprechen von Kollektivverträgen, das Thema Mindestlohn, Kündigungsschutz und Managergehälter.

Gemäß dem im November 2007 vorgelegten EU-Beschäftigungsbericht ist trotz des guten Wirtschaftswachstums der Anteil der Arbeitnehmer am gesamten Volkseinkommen seit der zweiten Hälfte der Siebziger Jahre kontinuierlich gesunken. In Österreich ist die Lohnquote von 72,9 % im Jahr 1978 auf 55,8 % im Jahr 2006 gesunken. Nicht nur die Arbeitnehmer seien unzufrieden, sondern "durch einen sinkenden Anteil der Löhne am Volkseinkommen wird auch der Konsum negativ beeinflusst", heißt es im Bericht.

Die Analyse stimmt. Die sinkende Lohnquote ist der Hauptgrund für die schwache Binnennachfrage in der Europäischen Union – und bei einem Außenhandelsanteil von gerade mal ungefähr 15 % ist die

Binnennachfrage einfach der wichtigste Faktor für die Wirtschaft der EU. Die Lohnquote sinkt aber nicht trotz des hohen Wachstums, wie es in der Studie heißt, sondern weil bei hohem Wachstum, die Realloohnerhöhungen permanent hinter dem Wachstum des realen BIP zurückbleiben. Die sinkende Lohnquote ergibt sich damit direkt aus den gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen von Industrie und Politik nach moderaten Lohnerhöhungen.

Wagt es ein Politiker wie Sozialminister Buchinger 4 % Lohnerhöhung zu fordern, was abzüglich der Inflation immer noch unter der realen Wachstumsrate liegt, und damit nichts an der sinkenden Tendenz der Lohnquote ändern würde, wird er vom politischen Wettbewerb und praktisch der gesamten Presse als böser Linker niedergemacht. Aber es gibt auch andere – ich sage vernünftige, moderne Konservative, wie Staatspräsident Nicolas Sarkozy. Beim jährlichen Treffen des Arbeitgeberverbandes im letzten Sommer redete er den Unternehmern ins Gewissen: Wenn immer möglich, müssten sie durch Lohnerhöhungen zur Kaufkraftsteigerung beitragen. "Wer behauptet, es gebe kein Problem mit der Kaufkraft, verhöhnt die Leute"!

Das Problem – und wir haben bei Nova EUropa schon des Öfteren darüber gesprochen – das Problem ist der Standortwettbewerb zwischen den Volkswirtschaften – der zu einem Lohnkostensenkungswettlauf geführt hat, den aber – da alle mitmachen müssen und auch tatsächlich mitmachen – keiner gewinnen kann.

Die Forderung nach einem europäischen Staat, wie sie Kern der politischen Vorstellungen von Nova EUropa ist, ist wesentlich durch dieses Faktum begründet – der Ausschaltung des negativen Standortwettbewerbs in Europa im Bereich Löhne und Steuern und der Wiederherstellung des Primats der Politik über die Wirtschaft.

Eine Politik, die Kollektivverträge schlecht macht und Lohnverhandlungen auf Betriebsebene verlagern will – Norbert Blüm erwähnt das in der Debatte – würde die Tendenz der sinkenden Löhne verstärken. Welche Macht hat ein Betriebsrat in einem mittelständischen Unternehmen gegenüber der Unternehmensleitung?

Ich möchte hier noch aus "**Laborem exercens**", der Sozialzyklika Johannes Pauls II aus 1981 zitieren, weil am Vormittag schon sehr viel darüber gesprochen wurde, dass immer mehr Jugendliche in präkeren Arbeitsverhältnissen leben müssen und selbst zwei Einkommen – wegen wohl schon sittenwidrig niedriger Löhne oder der berechtigten Erwartung, bald wieder ohne Job dazustehen – oft nicht mehr für eine Familiengründung reichen. Der Heilige Vater hat da geschrieben: "Die gerechte Entlohnung eines Erwachsenen, der Verantwortung für eine Familie trägt, muss dafür ausreichen, eine Familie zu gründen, angemessen zu unterhalten und ihr Fortkommen zu sichern." Das dies heute immer öfter nicht mehr der Fall ist, ist unmittelbarer Ausfluss der neoliberalen Politik, die durch die wirtschaftliche Globalisierung bei fehlender politischer Globalisierung die Gewerkschaften geschwächt hat.

Nun, wir wollen nicht zurück in die Welt von Gestern. Dass Frauen heute in der Regel ein eigenes Einkommen haben, ist ein Wert an sich. Das eigene Einkommen gibt ihnen Unabhängigkeit, eine eigenständige soziale Absicherung im Alter und sie ist das *wirksamste* Instrument zur Bekämpfung der Kinderarmut.

Aber wenigstens zwei Einkommen sollten, zusammen mit einem umfassenden staatliche Leistungsangebot im Bereich der Kinderbetreuung und Bildung, für eine Familiengründung reichen. Schließlich sollten stabile Beschäftigungsverhältnisse – und nicht ein ständiges Job-Hopping, das Wechseln vom einer Projektarbeit zur nächsten oder Leiharbeitsjobs – die Regel sein. Insofern hat auch der Kündigungsschutz, wie es ihn in Frankreich, Deutschland oder Schweden gibt, seinen Sinn. In Schweden z.B. trägt er auch dazu bei, dass viele ältere Menschen noch in Beschäftigung sind, ganz im Gegensatz zu Österreich! Und es ist interessant, dass sich Herr Fuchs (Vorsitzender des CDU-Mittelstandskreises in der gezeigten Debatte) zum Kündigungsschutz, als wichtigem Kennzeichen einer Sozialen Marktwirtschaft, bekannt hat. In Österreich sind wir stolz darauf, praktisch keinen Kündigungsschutz zu haben.

Dass Mindestlöhne heute – angesichts geschwächter Gewerkschaften – eine Notwendigkeit sind, denke ich, hat Norbert Blüm ausreichend begründet.

Ich möchte, bevor ich zum nächsten Themenblock komme, noch das Gegenteil – nämlich die in immer unverschämtere Höhen steigenden Managergehälter ansprechen:

Viele stellen diese Debatte als Neiddebatte hin. Aber so ist es nicht – nein, es geht, um nochmals Norbert Blüm zu zitieren, um "die uralte Frage Gerechtigkeit". Und es geht dabei nicht um Gleichmacherei – es geht um die Relationen!

Franz Müntefering, bis vor kurzem deutscher Vizekanzler und Arbeitsminister, brachte es auf dem letzten SPD-Parteitag mit dem Satz auf den Punkt: "Dass jemand 20- oder 50-mal so gut sein soll wie ein anderer, lasse ich mir noch einreden." Bei 100-mal falle ihm das schon schwer, aber "dass jemand 1000-mal so gut ist – das gibt es gar nicht."

US-Manager verdienen heute durchschnittlich das 500-fache ihrer Mitarbeiter, während es Anfang der 80er-Jahre noch das 40-fache war. Der 6-köpfige Porsche-Vorstand hat jüngst sein Gehalt um € 45 Mio. auf € 113 Mio. erhöht, wobei der Vorsitzende mehr als die Hälfte dieses Gehalts bezieht. Die Siemens-Vorstände haben ihre Gehälter um 30 % erhöht. In Österreich sind die Gehälter der Manager der ATX-Unternehmen von 2005 auf 2006 gem. einer Studie der Arbeiterkammer um 14,1 % gestiegen, der durchschnittliche Bruttobezug eines Arbeitnehmers in diesen Firmen um 3,2 %.

Zum Vergleich: Der französische Staatspräsident – immerhin der Staatschef einer Kernwaffenmacht – verdient € 240.000 pro Jahr. Der Chef der Deutschen Bank – mit seinem Jahreseinkommen von bis zu 20 Mio. – kommt alleine im Monat auf bis zu € 1,7 Mio.!

Oder um noch eine andere Rechnung anzustellen. Ein gut verdienender Angestellter mit 70.000 € pro Jahr kommt – unter der wenig realistischen Annahme, dass er von Beginn seiner Berufstätigkeit an ein so hohes Gehalt bezog – auf ein Lebenseinkommen von gerade mal € 2,8 Mio.

Nicht nur Sozialdemokraten und dem von Franz Josef Strauß so titulierte "Herz-Jesu Marxisten" Norbert Blüm oder auch dem Erzbischof von Trier, der die "dreisten Gagen" der Manager in einer Predigt scharf kritisierte, stößt es da bitter auf, sondern auch unverdächtigen Politikern wie dem deutschen Bundespräsidenten und früheren Chef des IWF, Horst Köhler: Er ermahnte die Unternehmensführer, nicht die Bodenhaftung zu verlieren und sprach sich für eine Kultur der Mäßigung aus, sonst sei der soziale Frieden in Gefahr. Und Böhler-Uddeholm-Chef Klaus Raidl, auch nicht als Sozialist bekannt, meinte, dass die Arbeit eines Managers € 60 Mio. im Jahr wert sein könne.

Wie ist diese Raffgier in den Griff zu kriegen? CDU-Innenminister Schäuble forderte zunächst – bevor er dies wieder zurücknahm – gesetzliche Obergrenzen für Managergehälter. Die österr. Arbeiterkammer will, dass, wenn Vorstandsgehälter das 20-fache eines durchschnittlichen Angestelltenbezuges übersteigen, diese nicht mehr zur Gänze als Betriebsausgabe absetzbar sind. Eine SPD-Arbeitsgruppe spricht sich für Änderungen im Steuerrecht aus.

Damit sind wir beim nächsten Themenblock – **Steuern**.

Die Herrschaften mit den Spitzeneinkommen wollen eine Senkung der Spitzensteuersätze im Einkommenssteuerrecht oder noch besser, gleich eine Flat Tax.

Die deutsche CDU ist ja mit der Kirchhof-Flat-Tax in die letzte Bundestagswahl gegangen – und hat dafür, im Zusammenwirken mit der ebenfalls geforderten Kopfpauschale in der Krankenversicherung mit einem der schlechtesten Ergebnisse ihrer Geschichte bezahlt.

In Osteuropa ist die Flat-Tax langsam bald die Regel. Mit 10 % ist sie in Bulgarien am niedrigsten, es gibt sie auch in Rumänien, in den baltischen Staaten, in der Slowakei und in Tschechien. Schweizer Kantone geben es noch billiger. Ab 2008 werden in Oberwalden alle Einkommen mit einer Flat-Tax von 1,8 % besteuert, Unternehmen mit 6 %.

In Österreich forderte die Industriellenvereinigung im Dezember 2007 eine Senkung des Spitzensteuersatzes auf höchstens 45 %.

Mit Gerechtigkeit hat das alles nichts zu tun! Gerechtigkeit kann man nicht bis auf die Zahlen hinter dem Komma definieren, sagte Norbert Blüm in der Debatte. "Aber, was ungerecht ist, das wissen die

Menschen". Und er zitierte den alten Grundsatz, der schon bei Aristoteles zu finden ist: Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln. Eine Flat-Tax ist mit diesem Grundsatz nicht vereinbar!

Dem zitierten Grundsatz entspricht das Leistungsfähigkeitsprinzip, demzufolge die Besteuerung so zu erfolgen hat, dass jeder das gleiche Nutzenopfer erbringt.

Um das plastisch zu machen: Wenn jemand 1.000,- verdient und ich besteuere ihn mit 20 % so bleiben ihm 800,-. Wenn ich dann jemanden der 10.000,- verdient auch mit 20 % besteuere, ihm also 8.000,- verbleiben, so schmerzt ihn die Bezahlung von 2000,- nicht so sehr wie den Geringverdiener die Bezahlung der 200,-. Daraus ergibt sich, unter dem Gesichtspunkt der Sozialen Gerechtigkeit, die Notwendigkeit eines progressiven Steuersystems.

Wir sind damit wieder bei den exorbitant hohen Managergehältern. Tatsache ist, wir brauchen keine Senkung des Spitzensteuersatzes, wir brauchen viel mehr einen wesentlich höheren Spitzensteuersatz – ja, letztlich für extrem überhöhte Einkommen eine konfiskatorische Besteuerung.

Das ist fair – nicht nur bei Gehältern sondern gerade auch bei Einkommen aus Vermögen. Durch anständige, ehrliche und fair bezahlte Arbeit konnte nämlich noch niemand reich werden. Nur selten entstand großer Reichtum durch bahnbrechende Erfindungen. Der größte Teil der Großvermögen beruht letztlich – ob im juristischen oder "nur" im moralischen Sinne – auf Diebstahl, sei es auch vor vielen Generationen, auf Spekulation oder im besten Fall auf die, meist ebenfalls vor vielen Generationen erfolgte, Aneignung herrenlosen Gutes. Die Bezahlung ungerecht niedriger, gar ausbeuterischer Löhne ist im moralischen Sinne Diebstahl! Und auch maßlos überhöhte Gehälter sind, moralisch gesehen, Diebstahl an den Eigentümern, meist Aktionären.

Das eben gesagte spricht übrigens nicht gegen die Hinaufsetzung des Jahreseinkommens ab dem z.B. in Österreich der Steuersatz von 50 % greift. Die Industriellenvereinigung schlug hier – freilich für ihre 45 % Spitzensteuersatz – eine Erhöhung von € 51.000,- auf € 100.000,- vor.

Wissen sollte man aber freilich auch, wie hoch der Prozentsatz der Steuerpflichtigen ist, die den Spitzensteuersatz bezahlen – das sind gerade mal 4 %. Da die Senkung des Spitzensteuersatzes als Entlastung des Mittelstandes zu verkaufen, ist eine kommunikatorische Meisterleistung, wo freilich die hochbezahlten leitenden Journalisten aller Medien gerne mitspielen.

Ein großes Triumphgeheul seitens bürgerlicher Parteien ist auch zu hören, wenn es irgendwo gelingt, die Erbschaftssteuer zu beseitigen – wie gerade auch in Österreich. Norbert Blüm gibt die richtige Antwort dazu: Natürlich ist Vererben in Ordnung, aber es geht auch um die zumindest teilweise Wiederherstellung der Chancengerechtigkeit! Und daher ist die Besteuerung der Vererbung großer Millionenvermögen nicht nur gerechtfertigt sondern geradezu geboten!

Dr. Fuchs spricht in der soeben gezeigten Diskussion im Zusammenhang mit der Erbschaftssteuer von "schöner sterben in Österreich", weil Österreich im Gegensatz zu Deutschland die Erbschaftssteuer abgeschafft hat. Nun, in der Tat ist Österreich im sog. Steuerwettbewerb – der genauso wie der Lohnzurückhaltungswettbewerb nicht zu gewinnen ist, dafür aber zur Austrocknung der Staatskassen und zur Vergrößerung der Ungleichheit führt – nun in der Tat ist Österreich nicht bloß Opfer sondern vielmehr treibende Kraft. Die Körperschaftssteuersenkung auf 25 % sei hier genauso erwähnt wie die Abschaffung eben der Erbschafts- und Schenkungssteuer und den Schutz, u.a. deutscher Steuerflüchtlinge, durch das österreichische Bankgeheimnis.

Das Bankgeheimnis und die niedrige Besteuerung von Zinseinkommen wird übrigens auch gerne von bürgerlicher Seite mit dem Schutz der Ersparnisse des "alten Mutterls" vor dem Zugriff des Staates gerechtfertigt. Tatsächlich schützt das Bankgeheimnis Steuerhinterzieher, Mafiosi und Drogenhändler! Dass arbeitsloses Einkommen aus Zinsen niedriger besteuert wird wie Einkommen aus Arbeit ist eine der größten Ungerechtigkeiten. Auch hier müsste der Grundsatz gelten "Gleiches gleich" zu behandeln – also Einkommen aus Zinsen – abzüglich der Inflation – dem gleichen Steuersatz wie Einkommen aus Arbeit zu unterwerfen.

Das Übel Steuerwettbewerb ist ja längst erkannt, und viele fordern z.B. EU-einheitliche Unternehmenssteuern. Interessant übrigens die Aussagen von ÖVP-Chef Molterer zum Steuerwettbewerb. In der "Presse" vom 29. September 2007 meint er – auf die Frage von offensichtlich neoliberal eingestell-

ten Journalisten, die mit dem Satz "wir würden sagen, endlich Steuerwettbewerb", eine Steuereinheitskompetenz der Bundesländer begrüßen: "Wenn der Wettbewerb zu Steuersenkung führt, soll er mir recht sein". Lassen wir das so im Raum stehen.

Markus Marterbauer – er ist Sozialdemokrat aber er hat mit vielen von dem, was er schreibt, recht – Markus Marterbauer schreibt in seinem Buch "Wem gehört der Wohlstand":

"Der Steuerwettbewerb zwischen den EU-Ländern ist ein wesentliches Element des neoliberalen Versuchs, den Wohlfahrtsstaat zurückzudrängen."

Dabei müsste der Wohlfahrtsstaat ausgebaut werden! Wie dem Referat von Christoph Korosec zu entnehmen war, brauchen wir dringend einen Ausbau der Kinderkrippen, durchgängig Ganztagschulen, eine bessere Bezahlung der Pädagogen. Das alles kostet Geld, sehr viel Geld, und steht in direkter Konkurrenz zur neoliberalen Forderung nach Senkung der Staatsquote, was ja Voraussetzung für Steuersenkungen ist. Markus Marterbauer schreibt dazu: "Würde die Betreuungsquote von Schweden angestrebt, fehlen 100.000 Plätze in Krabbelstuben und 500.000 Plätze in Horten für die Altersgruppe der 6-14 Jährigen. Dieses Ziel wäre nur mit einer massiven Erhöhung der öffentlichen Mittel und der Steuerbelastung möglich."

In klarer Abgrenzung zu neoliberalen Positionen muss daher eine moderne christlich-soziale Politik "Ja sagen" zum Wohlfahrtsstaat, dessen wesentliches Element nicht das Almosengeben sondern die öffentlichen Leistungen sind – vom allen offen stehenden Gratis-Bildungssystem über die nur mit geringen Selbstbehalten versehenen Gesundheitsleistungen bis hin zur noch auszubauenden Kinderbetreuung.

Und das ist nicht gratis zu haben – daher liegt z.B. die Staatsquote Schwedens mit 59 % weit über der österreichischen Staatsquote von 48 %. Eine hohe Staatsquote ist somit nichts Negatives – sondern im Gegenteil ein Zeichen für einen gut entwickelten Wohlfahrtsstaat.

Die Meinung, dass freiwilliges Spenden im Sinne christlicher Nächstenliebe die Sozialpolitik ersetzen könnte, geißelt schon Papst Pius XI in den ersten Absätzen seiner Enzyklika "**Quadragesimo Anno**" 1931. Ich zitiere: "Mit dieser Lage der Dinge (Anm.: nämlich der Verelendung der Arbeiterschaft) fanden sich jene leicht ab, die selber im Reichtum schwimmend in ihr einfach das Ergebnis naturnotwendiger Wirtschaftsgesetze erblickten und folgerichtig alle Sorge um eine Linderung der Elendszustände der christlichen Nächstenliebe zuweisen wollten – gerade als ob es Sache der Nächstenliebe wäre, die von der Gesetzgebung nur allzu oft geduldete, manchmal sogar gutgeheißene Verletzung der Gerechtigkeit mit ihrem Mantel zuzudecken."

Bevor ich den Punkt "Steuern" abschließe, muss ich auf die wohl dramatischste Herausforderung eingehen: Den Klimawandel, der – und das ist ja mittlerweile internationaler Konsens – sich zur Klimakatastrophe auswachsen wird, wenn wir nicht sofort oder in unmittelbarer Zukunft radikal dagegenhalten.

Al Gore hat bei der Verleihung des Nobelpreises im Dezember 2007 so formuliert: "Wir haben einen Krieg gegen die Erde begonnen" und "die Erde hat Fieber und das Fieber steigt". Rajendra Pachauri, der den Nobelpreis für den Weltklimarat entgegennahm, zitierte aus dem jüngsten Weltklimabericht: Die Begrenzung der Erderwärmung auf 2 Grad reduziert das jährliche Wirtschaftswachstum um nur 0,12 %.

Fakt ist, dass bis 2015 der Ausstoß an Treibhausgasen stabilisiert sein muss. Spätestens ab 2015 muss dann der CO₂-Ausstoß um 50-85 % sinken. Letztlich wird kein Weg an einem Totalausstieg aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe vorbeiführen. Die Internationale Energieagentur spricht denn auch von der Notwendigkeit eines "technologischen Wandels beispiellosen Ausmaßes".

Interessant, dass auch hier neoliberale Politiker mit Blindheit geschlagen sind. Vaclav Klaus, tschechischer Präsident und führender Politiker der angeblichen ÖVP-Schwesterpartei ODS zweifelt ebenso an der drohenden Katastrophe – er schwadroniert von "Klimakatastrophenhysterie auf Kosten der Freiheit" – wie der Parteichef der spanischen Schwesterpartei, der von "angeblicher Klimakrise" spricht. Der Leiter des UN-Klimareferats Yvo de Boer bezeichnet solche Politiker als "kriminell" – womit er zweifelsfrei recht hat.

Was kann getan werden? Al Gore sprach – und damit sind wir wieder beim Steuerthema – Al Gore sprach bei der Nobelpreisverleihung von der Notwendigkeit "einer grünen Steuerreform, die die Last von Arbeit auf Verschmutzung verlagert." In Österreich sprach das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) im November des Vorjahres davon, dass "Energie laufend teurer werden muss".

Was wir also brauchen, das ist eine ökologische Steuerreform, die Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die Verschmutzung der Biosphäre verteuert, sodass umweltschädliche Produkte teurer werden, sich dadurch das Verbraucherverhalten ändert und Innovationen zur Verringerung der Umweltbelastung und einer Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität angestoßen werden.

Die Herstellung der Aufkommensneutralität sollte meines Erachtens über die Umsatzsteuer erfolgen. Beide, Ökosteuern und Umsatzsteuern sind indirekte Steuern, die die Ärmern mehr treffen als die Reichen. Das hat zwei Gründe:

- Zum einen konsumieren Geringverdiener in höherem Ausmaß Güter der Grundversorgung, wo die Nachfrage bei Preissteigerungen nicht so schnell zurückgeht und daher eine leichtere Überwälzung der indirekten Steuern auf die Konsumenten möglich ist.
- Zum anderen ist die Sparquote bei den Besserverdienern höher, wodurch Konsumsteuern ihr Einkommen weniger belasten.

Mein Vorschlag ist daher, bei steigenden Ökosteuererträgen die Umsatzsteuer zu senken und sie dann, wenn die Steuern Wirkung zeigen und eine prozentuelle Erhöhung trotzdem kein Halten des Aufkommens ermöglicht, wieder zu erhöhen.

Auch die Arbeitskosten sollten sinken – das ist der klassische Vorschlag der Kombination mit Umweltsteuern. Mein Vorschlag ist in diesem Zusammenhang aber ein anderer, den ich im letzten Themenblock, der **Sozialpolitik** erklären werde.

Was wir hier, bei der Sozialpolitik, besprechen müssen, das sind Pensionen, Gesundheit, Pflege und die Finanzierung dieser drei Aufgaben.

Bei den Pensionen hat man uns lange Zeit einreden wollen, das sogenannte kapitalgedeckte Verfahren wäre besser als das Umlagesystem. Treiber war hier vor allem die Fondsindustrie, die gewaltige Profitchancen sah und keine Gelegenheit ausließ, das öffentliche Pensionssystem schlechtzureden. Und das hat funktioniert! Viele glauben, dass sie im Alter keine staatliche Rente mehr zu erwarten haben. Und über Norbert Blüm macht man sich lustig, indem man seine Aussage zitiert: "Die Rente ist sicher". Nun, Tatsache ist, dass die Renten sicher sind, nur viele Leute glauben es nicht mehr ... und finden es daher richtig, Norbert Blüm damit zu hänseln.

Schauen wir uns die Tatsachen an:

Die Pensionen werden immer aus dem von den Aktiven erwirtschafteten Sozialprodukt zu leisten sein. Die Aktiven verzichten auf einen Teil der von ihnen produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen zu Gunsten der nicht mehr Erwerbstätigen – sie treten also einen Teil ihrer Kaufkraft ab. Das passiert beim Umlagesystem, wo die Aktiven in die Pensionskassen für die Alten einzahlen genauso wie beim kapitalgedeckten Verfahren.

Dort ist es nur nicht so offensichtlich. Die Aktiven bzw. die Pensionsfonds für die Aktiven erwerben Wertpapiere am Kapitalmarkt um einen Kapitalstock für das Alter anzusparen – die Pensionisten verkaufen ihren, in der Vergangenheit aufgebauten Kapitalstock sukzessive. Auch hier passiert nichts anderes, als dass die Aktiven auf Konsum verzichten und Kaufkraft zu den Rentnern transferieren – indem sie den Rentnern die Wertpapiere abkaufen.

Ob die Pensionen sicher sind hängt daher – primär – nicht vom System ab, sondern von der Höhe des realen Bruttoinlandsprodukts.

Wie viel bei den Aktiven verbleibt und wie viel zu den Pensionisten fließt, ist beim Umlageverfahren eine – politische – Verteilungsfrage – also eine Frage der Sozialen Gerechtigkeit. Beim kapitalgedeckten Verfahren bestimmt der Markt – nämlich die Performance der Kapitalmärkte – die Verteilung, was zu starken Schwankungen der Pensionen führen kann.

Wieder ist die "uralte Frage Gerechtigkeit" die entscheidende Frage!

Was jedenfalls nicht gerecht ist, ist den Pensionisten bei wachsender Wirtschaft nur eine Inflationsabgeltung – und keinen Anteil am real steigenden Wohlstand – zuzugestehen. Die Schlagzeile der Presse vom 15. November "Alt regiert – jung verliert" kommt in diesem Zusammenhang schon in gewisser Weise einer Volksverhetzung nahe. Und wenn immer von den warnenden Experten zu lesen ist – die im übrigen fast ausnahmslos eine hohe Beamtenpension zu erwarten haben – dann müssen massive Zweifel an der Kompetenz dieser "Experten" aufkommen. Wie überhaupt der Expertenbegriff zusehens missbraucht wird.

Total ungerecht ist es auch, die Pensionsleistungen in Form eines prozentuellen Anteils am Sozialprodukt zu fixieren, sodass bei einer steigenden Anzahl von Pensionisten die Pensionen sinken müssen. Die sogenannten Experten nennen solche Regelungen "Nachhaltigkeitsfaktor". Nun dieser Nachhaltigkeitsfaktor führt unmittelbar zurück in die Altersarmut!

Sozial Gerecht ist dagegen, dass bei steigendem Anteil der Pensionisten an der Gesamtbevölkerung auch deren Anteil am Sozialprodukt steigt!

Um es also nochmals auf den Punkt zu bringen: Ja, die Pensionen sind sicher, wenn das BIP zumindest konstant bleibt. Der Wohlstand von Aktiven wie Rentnern kann steigen wenn das BIP jährlich wächst, was derzeit der Fall ist!

Was niemand sagt, und was die Pensionen – aber nicht nur diese, sondern unseren gesamten Wohlstand – gefährden könnte: das ist ein schrumpfendes Sozialprodukt – und dass wäre bei einer Klimakatastrophe, auf die wir sehenden Auges zusteuern, eine der noch weniger schlimmen Auswirkungen! Die entscheidende Frage beim Begriff der Generationengerechtigkeit ist daher – nochmals – die Frage des Umgangs mit der Biosphäre und nicht die lächerliche Debatte, dass ohnedies lächerlich niedrige Pensionserhöhungen auf Kosten der Jugend gehen würden.

Damit kommen wir zum Gejammer über die oft als "kranken Kassen" bezeichneten Krankenkassen. Natürlich sind Einsparungen möglich und natürlich treibt hier, gerade in Österreich, der Föderalismus seine Blüten. Aber wir sollten auch erkennen, dass die Gesundheit ein ganz wesentlicher Wert ist! Wir haben heute mehr Möglichkeiten als früher und Spitzenmedizin ist eben teuer – und die sollten wir uns auch leisten! Das bedeutet, dass ein steigender Anteil der Gesundheitskosten am BIP nichts schlechtes ist – sondern im Gegenteil, ein Zeichen steigenden Wohlstands und steigender Lebensqualität.

Ein großes Thema in der aktuellen politischen Debatte ist die Pflege. Ich frage mich schon lange, warum das Pflegerisiko nicht – wie auch die anderen Risiken des Lebens, vom Alter über Krankheit bis zur Arbeitslosigkeit – durch eine Pflegeversicherung abgedeckt wird. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass lt. einer Umfrage des Ifes-Instituts, die Minister Buchinger am 6. November präsentierte, 81 % der Österreicher sich eine solche vorstellen können. Und auch Christoph Kardinal Schönborn hat sich in seiner heurigen Silvesteransprache mit unerwarteter Deutlichkeit für eine Pflegeversicherung ausgesprochen!

Damit sind wir beim Punkt der **Finanzierung der Sozialsysteme**.

Derzeit werden in Österreich wie auch in Deutschland die Sozialsysteme durch Beiträge finanziert – und Norbert Blüm hält in der soeben gesehenen Diskussion ja ein flammendes Plädoyer für das Beitragssystem. Unser Präsidiumsmitglied Ingrid Korosec hat im letzten Jahr ein Buch veröffentlicht, wo sie für eine Finanzierung von Gesundheit und Pflege aus dem allgemeinen Steuertopf eintritt.

Nun hat Norbert Blüm recht oder Ingrid Korosec? Ich kann die Frage nicht beantworten sondern nur meine Meinung dazu äußern.

Norbert Blüm spricht von der Klugheit des Beitragssystems und dessen Selbststeuerung. Der Moderator wendet freilich schon ein – und hat wohl recht damit – dass bei der Höhe der Beiträge ja auch der Staat, also die Parlamente und die Regierungen, bestimmend sind – von einer wirklichen Selbstverwaltung also nicht gesprochen werden kann.

- Die Finanzierung aus dem allgemeinen Steueraufkommen würde also – was die Einflussnahme durch den Staat betrifft – nicht wirklich etwas ändern,
- wobei dieser Vorschlag freilich auch nicht die Frage nach den tatsächlichen Finanzierungsquellen und der damit verbundenen Frage nach der Sozialen Gerechtigkeit beantwortet.
 ⇒ Würde die Finanzierung z.B. aus einer Erhöhung von indirekten Steuern erfolgen, dann wäre das sozial ungerecht.

Genau das wäre der Fall, wenn man dem weit verbreiteten Vorschlag folgt und die Einführung von Ökosteuern mit einer Verringerung der Belastung des Produktionsfaktors Arbeit – also einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge – koppelt. Das würde nämlich, anders herum formuliert, nichts anderes bedeuten als, dass die Sozialsysteme ganz oder zum Teil statt aus lohnbezogenen Beiträgen aus Ökosteuern – und das sind indirekte Steuern – finanziert werden würden.

Neben dem Problem der negativen Verteilungswirkung gebe es damit noch ein zweites Problem. Da es sich bei Ökosteuern um Lenkungssteuern handelt, deren Aufkommen bei Wirkungsentfaltung sinkt, würde die Finanzierungsbasis der Sozialsysteme mit steigender Umweltschonung und Energieeffizienz erodieren. Eine Finanzierung aus dem allgemeinen Steueraufkommen wäre da zweifellos stabiler, doch auch dieses schwankt sehr stark in Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung. Und wie gesagt, es stellt sich natürlich die Frage nach der Zusammensetzung dieses allgemeinen Steueraufkommens.

Daher präferiere ich grundsätzlich das Beitragssystem – und zwar ein Beitragssystem mit einer erweiterten Bemessungsgrundlage, die zur Stabilisierung des Aufkommens beiträgt.

⇒ Mein Vorschlag ist, die Finanzierung der Sozialversicherung aus der gesamten Wertschöpfung der Wirtschaft – wodurch die Abkoppelung der Finanzierung von der demographischen Entwicklung und die Ankopplung an die Entwicklung des realen BIP gelingt.

Was bedeutet das im Klartext? Die gesamte Wertschöpfung, das sind die Löhne, also die Entlohnung der Arbeitnehmer, das sind die Gewinne, als Entlohnung der Eigenkapitalgeber, das sind die Zinsen als Entlohnung der Fremdkapitalgeber, die Mieten und Pachten als Lohn für die Überlassung von Wirtschaftsgütern und das sind die Abschreibungen, als "Lohn" der Maschinen. Diese gesamte Wertschöpfung wäre als Bemessungsgrundlage für die Beitragsberechnung heranzuziehen.

Die Folge wäre, dass kapitalintensive Unternehmen – die dzt. nur sehr geringe Beiträge zur Finanzierung des Sozialstaates leisten – ebenfalls einen fairen Beitrag aufbringen und gleichzeitig personalintensive Betriebe entlastet würden.

⇒ Das wäre dann jene Entlastung des Faktors Arbeit, die dringend notwendig ist – gerade angesichts steigenden Schwarzarbeit und der wachsender Konkurrenz durch Billiglohnländer.

In der Praxis wäre wohl folgende Vorgehensweise am zielführendsten: Die Arbeitgeberbeiträge werden auf das Wertschöpfungsprinzip umgestellt, bei den Arbeitnehmerbeiträgen bleibt alles wie gehabt. Ich möchte das jetzt nicht verkomplizieren aber das ist wichtig: Um zu einer Finanzierung zu kommen, die alle Produktionsfaktoren gleich belastet, die eben an der Wertschöpfung anknüpft, müsste die Belastung des Produktionsfaktors Arbeit durch die Arbeitnehmerbeiträge bei der Berechnung der Arbeitgeberbeiträge als Negativpost mitberücksichtigt werden. Man müsste sich das durchrechnen – aber wahrscheinlich liefe das darauf hinaus, dass die Arbeitgeberbeiträge dann von den kapitalintensiven Unternehmen zu bezahlen wären und die personalintensiven Unternehmen ev. sogar Negativbeiträge lukrieren könnten, die ihre Lohnkosten verringern.

Nun, ich bin davon überzeugt, dass dies der bessere Finanzierungsvorschlag ist – aber ich könnte mir auch durchaus einen Mix aus Steuer- und Beitragsfinanzierung vorstellen. Also z.B. eine Finanzierung des Pensionssystems und der Pflege, und damit des weitaus größeren Teils der sozialen Sicherungssysteme, durch das modifizierte Beitragssystem – also gemäß dem Versicherungsprinzip – und die Finanzierung des Gesundheitswesens aus dem allgemeinen Steueraufkommen. Aber diskutieren wir darüber.

Jetzt ist es zum Abschluss relativ kompliziert geworden!

Ich möchte daher noch einmal zusammenfassen:

Wie Norbert Blüm es so trefflich formuliert hat: "Es geht um die uralte Frage Gerechtigkeit!" Das betrifft die Höhe der Löhne genauso wie die Frage eines gerechten Steuer- und Sozialsystems. Und es betrifft auch die Frage der Erhaltung einer lebenswerten Umwelt – dies ist primär eine Überlebensfrage aber auch eine Frage der Gerechtigkeit – nämlich der Generationengerechtigkeit.

Während moderne christlich-soziale Gesellschaftspolitik neuer Ansätze bedarf kann die Wirtschafts- und Sozialpolitik an bewährten Konzepten ausgerichtet werden. **Es braucht eine Überwindung des neoliberalen Irrweges und eine Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft, die im Sinne einer modernen christlich-sozialen Umweltpolitik zu einer Ökosozialen Marktwirtschaft ausgebaut werden muss!**